BÜRGERMEISTER
DER
BUNDESHAUPTSTADT WIEN

Wien, am 7. Juli 1949.

Lieber Freund !

Ich habe mir die Sache Wehrmacht noch einmal durchgedacht und komme zu keiner anderen Ansicht als bisher.-Aus Deinen Worten vom vorigen Sonntag konnte ich entnehmen, dass Du dasselbe politische Gefühl hast, wie ich.

Zunächst glaube ich, dass aus den verheissenen 53.000 Soldaten wieder ein Berufsheer von 30.000 herauskommen wird, aber keine Miliz. Dies werden wir allerdings erst frühestens im September erfahren, vielleicht aber auch erst nach den Wahlen.

Ich kenne natürlich die Redeanleitung "Unsere Stellung zur Wehrfrage" vom Mai 1948 und den Leitartikel der AZ vom 25. Juni 1949. Auch die "Wiener Zeitung" vom 26. Juni und besonders die "Volksstimme" vom 24. Juni. Letztere nimmt besonders gegen Figl und OeVP Stellung.

Ich glaube, man könnte noch immer politisch das Schlagwort anwenden "Kein Heer - nur Miliz" - denn letztere bildet doch erst dann eine Armee, wenn sie aufgeboten wird.

Je zwei Exemplare mit der Skizzierung meiner Ansuchen liegen bei.- Da ich wieder zwei Tage mit Zürich verloren habe, ist die Arbeit sehr flüchtig.

Dein alter

Körner

Herrn
Vizekanzler Dr. Adolf S c h ä r f,
Wien, I., Ballhausplatz 2.

Mein Standpunkt zur Heeresfrage :

Vorbemerkung :

Welche Bedingungen die Alliierten für die Aufstellung eines Heeres stellen werden,wird wohl erst beim Abschluss des Staatsvertrages bekannt.- Deshalb kann es sich einstweilen nur um grundsätzliche Erörterungen handeln.

Wenn es der Fall sein sollte,dass man uns 53.000 Mann für das Heer,einschliesslich Grenzschutz,Luftabwehr,Gendarmerie und Flusspolizei zubilligen will,dann eine Luftwaffe von 90 Flugzeugen,davon 70 Kampfflugzeuge, - dann ist zu vermuten, dass es sich nicht um eine Miliz,sondern um ein stehendes Heer handelt. - Denn die Miliz kann man nach der Zahl nicht begrenzen,sie wächst mit der Zahl der ausgebildeten Soldaten und hängt von der Bevölkerungsziffer ab.

Nun ist die Abneigung gegen eine Armee in den Kreisen der Sozialisten,besonders aber bei den Kommunisten so gross, dass man auch politisch sehr vorsichtig bei allen Aeusserungen über die Aufstellung eines Heeres sein muss,ganz besonders vor den Wahlen. - Wenn sich die SPOe auch in der Oeffentlichkeit schon ein wenig zu viel exponiert hat,so lässt sich dies politisch (wegen KPOe) noch abbremsen,wenn man die Miliz,kein stehendes Heer - Unklarheiten der Alliierten-Nachrichten,Notwendigkeit zu Vorsorgen wegen Abzug der Besatzungstruppen - irgendwie in den Vordergrund rückt.

Zweck des Heeres :

Es kommt darauf an,die Alliierten zu beruhigen, damit ihre Streitkräfte abziehen und uns im Bewusstsein zurücklassen,dass wir die Aufgaben eines Heeres selbständig lösen können.- Diese sind : Grenzschutz,Innere Ruhe und Sicherheit.

Man kann rechnen : Gendarmerie und Flusspolizei 15 - 20.000 Mann (Daten sind zu erheben). Bleiben für Heer und Flugwaffe (extra oder in die 53.000 eingerechnet) 30 - 33.000 Mann.- So etwa war es auch beiläufig nach St.Germain : 30.000. Unser damaliger Versuch,uns mit etwas Milizmässigem auf ein Heer von 60.000 (aktiv und Reserve) hinaufzuschwindeln,missglückte.

Das Kriegsproblem für einen Kleinstaat :

Wenn man das Problem für einen Kleinstaat beurteilen will, braucht man nur die diesbezüglichen Diskussionen in der Schweiz zu verfolgen,die ein Heer von etwa 600.000 mit allen Waffen aufstellen kann.

Dort ist man sich klar,dass man andere Wege gehen muss,als wie es bis 1945 der Fall war. Man muss vermeiden (alles Schweizer Ansichten),dass die in der Luft unterlegene Armee in der Bewegung mit dem Gegner zusammentrifft ! - Das "Kriegspotential" im weitesten Sinn des Wortes spielt bei einem Kleinstaat nicht dieselbe Rolle,wie bei einem Groszstaat. Denn wenn die wichtigsten Zentren eines Kleinstaats in Trümmer gelegt sind,wenn die Ernährung der Bevölkerung in Frage steht,wenn das Transportsystem nicht mehr funktioniert,die Kriegsindustrie lahmgelegt ist -- dann kann die Armee wohl den Kampf an irgend einem Abschnitt eine Weile fortsetzen,ihre Kampfkraft wird aber binnen kurzem lahmgelegt sein.

Man bedenke doch die Lage von Wien,Niederösterreich im März,April 1945 !

Im modernen Kriege kann es ausserdem zwischen Front und Hinterland keinen Unterschied mehr geben. Das ganze Land wird vom ersten Augenblick an Kriegsgebiet sein. Das ganze Volk wird in irgend einer Form am Kampfe teilnehmen müssen.- Daraus folgt,dass die Widerstandskraft und der Widerstandswillen des Volkes mindestens so wichtig ist,wie die Kampfkraft der Armee !

Dies ist für unsere Republik genau einzuschätzen,besonders in politischer Hinsicht. - Dass in unserer Republik die Liebe und Entschlossenheit,das eigene Land zu verteidigen,noch fehlt,ist sicher. - Doch dass das Verständnis bei der SPOe rasch geweckt werden kann, glaube ich annehmen zu können. Bis jetzt hat man sich dafür noch nicht erwärmt und glaubt,dies wäre eine Sache der Armee,der Soldaten.

Wenn man also überhaupt an Krieg denkt,so müsste man auch an Vorbereitung des Luftschutzes,die Bereitstellung von Vorräten,die Organisierung des zivilen Sanitäts- und Fürsorgedienstes usw. denken, die für eine Kriegführung zum mindesten ebenso wichtig sind,wie militärische Massnahmen.

Dies alles wird nur angeführt um anzudeuten,dass uns doch nur Grenzschutz,Grenzpolizei u.dgl. wie nach 1918 zugestanden werden dürfte,daher Brigaden und Divisionen usw. wohl kaum viel militärische Bedeutung haben. - Die Aufstellung von Korps,Divisionen und Brigaden

mit allen neuzeitlichen Waffen lässt aber darauf schliessen,dass sich die Autoren der militärischen Vorschläge der OeVP und SPOe von der Kriegsideologie leiten liessen.

Innere Sicherheit :

Ein Putsch ist vollkommen unwahrscheinlich. Es kann wohl da oder dort eine Rauferei,ja vielleicht ein dummer Putsch versucht werden. Aber jeder Putsch in grösserem Ausmass ist vollkommen aussichtslos.- Man denke doch einen Putsch bis zum Ende durch. Wien ist dabei entscheidend. Regierungsstellen,Post,Telegraph,alle Polizeistellen, die 26 Bezirksstellen usw. usw. - dies alles muss doch besetzt und im Sinn der Putschisten in Funktion gesetzt werden,was doch selbst den militärisch ganz gut ausgebildeten und geschulten Nazis 1934 auch nicht möglich war.

Der Polizeipräsident von Wien ist ganz derselben Ansicht wie ich.- Natürlich wird die OeVP alles mögliche tun,um Angst vor der KPOe zu verbreiten und zur Aufstellung eines Heeres drängen,das durch die höheren Offiziere und deren alte Ideologie in ihrer Hand ist.

Der General a.D. Schiebel,die rechte Hand Vaugoins,hat doch die Frechheit gehabt,am Grabe Vaugoins festzustellen,dass das Heer (Volkswehr und erstes Heer der Republik) vor Vaugoin ein Haufen war und erst nach dessen Reformen ein Heer von Soldaten geworden ist,das seine Probe beim Herstellen der Ordnung bestanden hat. Seine Mitarbeiter,Generale a.D.,werden im Finanzministerium,Wiederaufbauministerium usw. bereitgehalten und 3 von ihnen erhielten schon schöne Wohnungen in der Uraniastrasse 4 !

Festgestellt muss also zunächst werden,dass ein Putsch durch die KPOe vollkommen unwahrscheinlich ist. Höchstens ist dagegen da oder dort eine Polizeiverstärkung nötig.

Aber gut bewaffnet muss die Polizei werden.Wie es eben zugelassen werden wird.Und im Waffengebrauch ausgebildet.

Grenzschutz :

Was kann an der Grenze geschehen ? - In erster Linie kommen bei dieser Erwägung die Grenzen gegen die Volksdemokratien in Betracht:

Kommt ein Vorstoss regulärer Truppen (mit Flugzeugen,Panzerkräften etc) sind wir vollkommen wehrlos,müssen aber die Grenze verteidigen,so gut es noch möglich ist,um auswärtige Hilfe zu erzwingen.

Den Uebertritt von Banden zu bekämpfen,muss natürlich mit Aussicht auf Erfolg angestrebt werden.

Ueberblickt man die Tätigkeit der Gendarmerie an der Grenze,so hat sich diese doch trotz schlechter Bewaffnung ganz gut bewährt. Daraus folgt : Sie muss bestens bewaffnet werden.

Ist aber Gendarmerie und Polizei überhaupt im Waffengebrauch genügend geschult ?

Ueberlegungen für den praktischen Grenzschutz:

Wie also könnte sich der Grenzschutz gegen Banden abspielen ? :

Da oder dort stossen Banden über die Grenze. Nehmen wir z.B. an, im Gebiet von Eisenkappel und im Gebiet von Bleiburg.

Kommt der Stoss von Unter-Seeland (Jugoslawien) gegen Eisenkappel, so trifft er zuerst den Gendarmerieposten Vellach,der den Posten Eisenkappel alarmiert,hinter dem weiter die Posten Eberndorf,Kühnsdorf usw.

Kommt ein zweiter Stoss von Gutenstein (Jugoslawien) entlang der Bahn,so werden hintereinander die Gendarmerieposten Unter-Loibach, Grablach,Bleiburg,Globasnitz,St.Michael usw. getroffen und alarmiert. Diese müssen kämpfen,so wie heute.

Also muss man die erwähnten 10 Posten verstärken,z.B. per Gendarmen 10 bis 20 Milizsoldaten (natürlich von Westkärnten).- Dann müssen Reserven an die Einbruchstelle. Daher sind militärische Reserven in Völkermarkt,Klagenfurt,Villach zu schaffen. Dies können Milizbaone und - regimenter mit schweren Waffen sein.- Die Luftwaffe kann nur Luftpolizei versehen.

Auf dieses praktische Ziel hin kann man die Kompagnien,Baone organisieren. Der Gend.-Postenkommandant kann ohneweiters zunächst Kompagniekommandant sein,bis die Miliz funktioniert,also,zum Beispiel, Vellach,Kappel,Miklautz - eine Kompagnie,Eberndorf,Kühnsdorf - eine Kompagnie oder auch deren zwei,mit dem Baonskommando in Kappel.

Dasselbe auf der Linie Gutenstein - Kühnsdorf.

Allgemeine Folgerungen aus den Ueberlegungen für den Grenzschutz:

Wir sollen eine Miliz anstreben. Die Einberufung der jüngsten ausgebildeten Jahrgänge kann man vorbereiten. Auch die Offiziere sollen nur auf Mobilisierungsdauer dienen. Die Rückkehr ins Privatleben muss gesichert sein. Deshalb höchstens halbjährige Dienstzeit.- Die müsste den Alliierten genau erklärt werden,dass wir das Beste tun wollen,um

Volk und Republik gegen Angriffe zu schützen. Und dies sofort milizartig machen können.

Innenpolitisch aber müsste man wohl in die Wahlen gehen mit dem Schlagwort : Wir,die SPOe,wollen kein stehendes Heer,nur eine Miliz. Das Volk wird seine Republik verteidigen. Wir trauen MMMM (! ?) auch der KPOe.

Die Stände der Gendarmerie in Kärnten sind :

1702 Beamte,davon 10 leitende und 3 Wirtschaftsbeamte - bleiben grob 1600 auf den Posten ; das ergibt bei der Hälfte der Posten (Grenzposten)also bei 800 mit 10 Mann Milizverstärkung je Gendarmen : 8.000 Soldaten für die Grenzverteidigung Kärntens !

Bei jedem Gendarmerieposten: Schiess- und MMMMMMMMMMMMMM Waffenausbildung.- Weiters in den Reservestationen Ausbildung für schwere Waffen und grössere Formationen.Was man uns eben zubilligen wird und was für Waffen wir erhalten,wird allein massgebend sein für das,was wir tun und organisieren können.

Grenzüberschreitungen regulärer Truppen :

Hinhaltender Kampf in derselben Art.

Zusammenziehen aller verfügbaren Kräfte aus der gesamten Republik.

Während der Kämpfe muss die politische Aktion einsetzen.

Bemerkungen zu der Vorlage Linhart :

Linharts Bemerkungen zum OeVP-Entwurf sind richtig.

Die OeVP will einen etwas modernisierten Abklatsch des alten Bundesheeres und möchte möglichst viele alte Offiziere unterbringen (10 Generale,157 Stabsoffiziere).

Wenn soviele alte Offiziere definitiv angestellt werden,wird der alte reaktionäre "Soldatengeist" automatisch wieder erstehen, der Geist des von Bundeskanzler Figl übermittelten OeVP-Entwurfes.

Jedes stehende Heer (dazu zähle ich auch das Heer mit einjähriger Dienstzeit) wird den reaktionären Charakter der alten Offiziere annehmen.

Was macht man mit den Soldaten nach einem Jahr ? - Daher höchstens halbjährige Dienstzeit. Keine Generale. Höchstens wenige Stabsoffiziere.

Jede herrschende Klasse muss ein stehendes Heer in ihrem Geiste formen,wie dies auch von der Geschichte unseres ersten Bundesheeres bewiesen wird. Jeder Heeresminister der christlichsozialen Partei hätte das Heer genau so umgebildet,wie Vaugoin.

Damals legte ein § des Wehrgesetzes fest : "Ausser der militärischen,hat der Soldat auch eine staatsbürgerliche und republikanische Erziehung zu erhalten".- Dazu ist es aber niemals gekommen.Dies war doch eine Hauptursache aller Konflikte.

Die Parlamentskommission hatte auch keine besondere politische Bedeutung,weil sie - vielleicht - wohl etwas aufklären konnte,aber alles was darauf geschah,nur von der politischen Macht entschieden wurde.

Der SPOe-Entwurf mit halbjähriger Ausbildung ist vernünftiger. Die vielen kleinen,wieder in sich gegliederten Abteilungen,die nur zur Unterbringung möglichst vieler Offiziere geschaffen werden sollen (5 Generale,78 Stabsoffiziere) sind auch politisch gefährlich.

In die technischen Details einzugehen,ist nach den einleitenden Ausführungen und der grundsätzlichen Ablehnung von Divisionen und Brigaden mit den modernen Artillerie-,Flak-,Pak-,Panzer-,Pionier- und Kraftfahrtruppen wohl nicht nötig.

Wenn man mit Angriffen einer gegnerischen Luftwaffe rechnet, dann können 1 Flakregiment und 4 selbständige Abteilungen nicht viel ausrichten,weil es dann Angriffe regulärer Kräfte sind.- Dasselbe

gilt für die Panzerjäger gegen Angriffe von Panzertruppen usw. Die Waffen kosten sehr viel. Neu anschaffen können wir dies alles nicht.

Was endlich die Offiziersfrage anbelangt, so wäre es zweckmässiger, in Charge und Lebensalter herunterzugehen - bis zum Major, der in der deutschen Wehrmacht gedient hat. Herunter bis zum 40. Lebensjahr !

Mit kleinen Kadern anfangen. Immer das Milizziel im Auge.

Aussenpolitische Gedanken :

Vielleicht wäre es zweckmässig, wenn die SPOe sofort den Gedanken der Freundschaftspakte mit Jugoslawien und allen Grossstaaten in ihr Programm aufnehmen würde, um ihre Friedensliebe und Neutralität zu dokumentieren. Auch mit der Sowjetunion und allen Volksdemokratien.

Miliz - kein stehendes Heer in keiner Form !

Freundschaftspakte für Neutralität mit allen Nachbarn !

Wirtschaftlich ist es zweifellos fast unmöglich, dass Oesterreich die Kosten für ein Heer mit modernen Waffen aufbringt.

Es ist möglich, dass USA uns Waffen schenkt, wobei aber der Argwohn der Sowjetunion umso grösser werden muss und politisch zu paralysieren wäre.

P r o t o k o l l

der Sitzung des W e h r k o m i t e e s vom 11.Juli 1949, 3 -5 Uhr nachmittags im Parteisekretariat.

Anwesend: Schärf, Deutsch, Körner, Waldbrunner, Probst, Strasser Winterer, Helmer, Blau, Linhart.

Nach einer Generaldebatte erfolgt eine Einigung auf folgende Punkte:

1.) Die aufzustellende Wehrmacht soll ein provisorisches Aufgebot der ausgebildeten Mannschaften, Unteroffiziere und Offiziere der Jahrgänge 1927, 1926 und 1925 sein, die zu Dienstleistung von je 6 Monaten aufgerufen werden. Das System der provisorischen Wehrmacht soll für die ersten 2 bis 3 Jahre gelten. Bei diesem Aufgebot können auch Offiziere bis zum 45.Lebensjahr auf 6 Monate herangezogen werden.

2.) Der Offizierskader soll aus nicht dienstpflichtigen Offizieren bis zum 58.Lebensjahr bestehen. Für jede Charge ist eine Höchstalter festzusetzen. Die Aufnahme erfolgt paritätisch durch Vertrauenspersonen bei der Parteien die Bestellung erfolgt provisorisch auf mindestens 2 Jahre.

3.) Es wird kein eigenes Landesverteidigungsministerium eingerichtet werden, sondern bloss eine Generaldirektion für Landesverteidigung als Sektion, sei es im Innenministerium, sei es im Bundeskanzleramt, wobei die Leitung von beiden Parteien paritätisch zu stellen ist.

4.) In der Generaldirektion für Landesverteidigung ist ein Landesverteidigungsrat zu bestellen.

5.) Vorläufig ist ein Höchststand von 20.000 Mann in Aussicht genommen, die in 4 Brigaden gegliedert werden, eine Infanterie-Ausbildungs Brigade und eine Infanterie-Einsatzbrigade, eine Gebirgs-Ausbildungsbrigade und eine Gebirgs-Einsatzbrigade, sowie die entsprechenden Heeres unmittelbaren Truppen. Die weitere Einteilung in Truppenkörper soll in Massgabe der vorhandenen Waffen erfolgen.

BÜRGERMEISTER
DER
BUNDESHAUPTSTADT WIEN

Wien, am 12. Juli 1949.

Lieber Freund !

Ich bin über die gestrigen Mitteilungen des Genossen Helmer überrascht und etwas beunruhigt.- Ich schreibe Dir, warum :

I.) 1.) Wo ist jenes Lager, in dem schon Leute militärisch ausgebildet werden ?

2.) Für welche Zwecke geschieht dies ?

3.) Wie hat man diese Leute gefunden und aufgenommen ?

4.) Was wurde ihnen versprochen ?

5.) Wer zahlt denn diese Geschichte ?

6.) Wer ist der Leiter ?

7.) Ist wer zur Aufsicht dort ?

Da kann sich doch ein Heer reaktionärer und bewaffneter Leute bilden, die wir dann nicht mehr anbringen !

II.) Ich bin beunruhigt, wenn ich den Genossen Helmer im "Kurier" gar so oft loben höre.- Ist Freund Helmer nicht zu viel unter dem Einfluss der Amerikaner, deren Richtung nach meinem Ermessen die der OeVP ist ?

Ich bin mit B a l m e r sehr gut und daher erstaunt, dass er mit mir über militärische Fragen noch nie geredet hat.- Ich komme allerdings nur selten mit ihm zusammen.

Nach meinem Urteil schadet dem Genossen Helmer das lobende Urteil des "Kurier".

III.) Unsere Leute sind gegen jede Wehrmacht (ich auch).

Wie können wir diesen Widerstand beseitigen ? - Doch nur, wenn man immer denselben Gedanken in den Vordergrund stellt : "Keine Wehrmacht - nur Miliz, die nur im Bedarfsfall existiert und natürlich nur vorübergehend aufgeboten wird."

Diesem Gedanken muss man auch in den Anfangsstadien (d.h. schon im Provisorium) Rechnung tragen. Ich habe den Eindruck, dass Genosse Leutsch dies verstanden hat und dem Rechnung trägt.- Daher auch keine Generale machen, die doch immer nur rotes Tuch für unsere Genossen sind.

Die OeVP will uns geradezu drängen, ein Heer aufzustellen, das immer eine grosse Gefahr in der Demokratie ist und das man dann nicht mehr anbringt.- Am Ende sind die Leute in jenem Lager von der OeVP geliefert?

Wir müssen demgegenüber hart bleiben. Nichts Ständiges aufstellen. Dilatorisch behandeln. Vor dem Staatsvertrag (Sept.?) auf keinen Fall sich irgendwie festlegen.

Für ein Aufgebot muss ein Gesetz gemacht werden, dann sehen unsere Leute, dass wir kein (stehendes) Heer wollen. Dann können wir unsere Leute aufklären und unsere Leute müssen gesetzlich einrücken. Es wird sich dann kaum einer drücken.

Sicher aber ist, dass die Kommunisten unehrlich sind, jetzt von Frieden reden, aber auf jeden Fall einrücken werden (ich lege Dir zwei Lenin-Auszüge bei).

IV.) Wir müssen weiters trachten, dass die Wehrmacht so billig als möglich kommt. Daher keine Freiwilligkeit, zu der man durch hohe Gebühren und künftige Versorgung locken muss.

Wir müssen gesetzliche Einberufungen anstreben und alles so billig als möglich machen. Selbstverständlich müssen den Einberufenen ihre früheren Arbeitsplätze gesichert bleiben.

V.) Wenn die Geschichte mit dem Lager harmlos ist, könnte man dort ausgebildete Leute ganz gut in ein Milizaufgebot einbauen.

VI.) Mein Urteil ist natürlich auf ganz flüchtige Beobachtungen gestützt und daher möglicherweise etwas oberflächlich.

Mit herzlichen Grüssen verbleibe ich

Dein

alter Körner.

Zweifach mit je
einer Anlage.+

Herrn
Vizekanzler Dr. Adolf S c h ä r f ,
Wien, I., Ballhausplatz 2.

+ Eine Abschrift Waldbrunner (Kosten)
Trotz rede ich mit Niemanden.

Lieber W!

Ich möchte gerne, daß du mich versteht: diese Zuschrift erhalten Scharf und du. Rede sonst mit Niemanden.

Was ich bei Euch weiter gehört habe, erhöht mein unheimliches Gefühl.

Mit allem Zuwarten, Vorsicht!

Wer weiß, was für unheimliches Zeug noch im Staatsvertrag stehen mag.

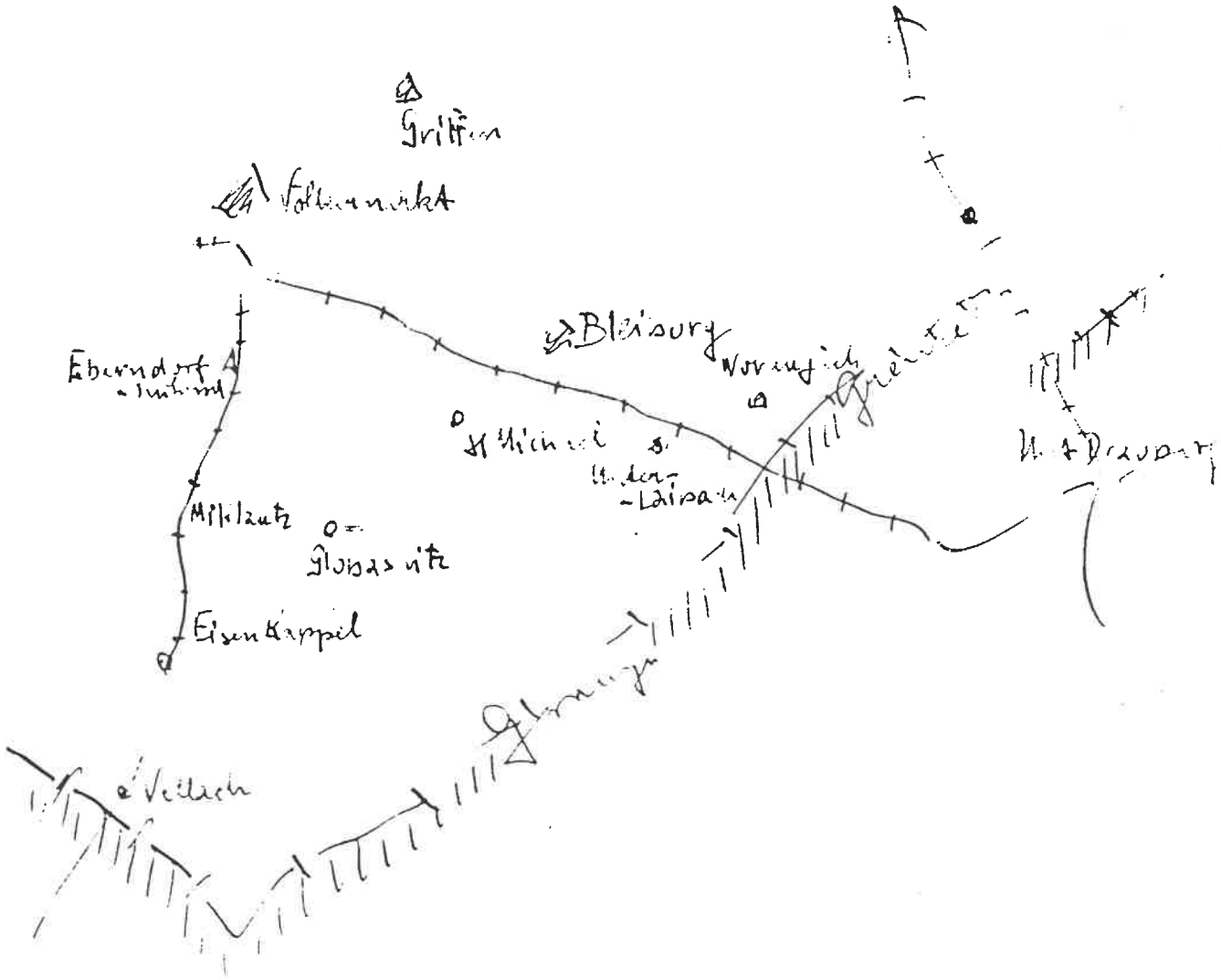
An die Russen wird zu wenig gedacht.

Herzlichst

12/7 49.

dein getreuer alter

Körner



Flüchtige Andeutung für effectiven Grenzschutz bei Gefahr.

Gerippe: die Gend. Posten. (Wo rote Füßen, sind Ge. D. Posten)

Alles gründlich überlegen.

Der gedachte Grenzschutz wäre aber die Grundlage für die Organisierung einer Milz. (Grenzschutz – Aufgebot.)

Aus Lenins Stellungnahme zu den "Abrüstungsverteidigern" (Lenin,"Ueber den Krieg",Teil I,Seite 75,erster Absatz,und Seite 77,vorletzter und letzter Absatz :

"Eine unterdrückte Klasse,die nicht danach strebt,zu lernen die Waffen zu handhaben und Waffen zu besitzen,würde nur verdienen,dass man sie wie Sklaven behandelt. Ohne uns in bürgerliche Pazifisten oder Opportunisten zu verwandeln,dürfen wir nicht vergessen,dass wir in einer Klassengesellschaft leben,die dass es daraus keinen anderen Ausweg gibt und geben kann,als den Klassenkampf und die Niederwerfung der Macht der herrschenden Klasse".

Und weiters:

"Was werden aber die proletarischen Frauen dagegen tun ? Werden sie jeden Krieg und alles militärische Wesen nur verfluchen und allein die Abrüstung fordern ? Niemals werden die Frauen einer unterdrückten Klasse,die wirklich revolutionär ist,sich mit einer so schmachvollen Rolle begnügen. Sie werden zu ihren Söhnen sagen:

"Du wirst bald gross sein. Man wird dir Waffen geben. Nimm sie und übe dich im Waffenhandwerk. Dieses Wissen ist für den Proletarier notwendig,- nicht,um auf seine Brüder,die Arbeiter der anderen Länder zu schiessen,wie dies auch in diesem Kriege der Fall ist,und wie die Verräter des Sozialismus es Dir zu tun raten,- sondern um gegen die Bourgeoisie seines eigenen Landes zu kämpfen,um der Ausbeutung,der Armut und den Kriegen nicht mit frommen Wünschen, sondern durch den Sieg über die Bourgeoisie und ihre Entwaffnung ein Ende zu machen."

BUNDESKANZLERAMT
VIZEKANZLER DR. ADOLF SCHÄRF

Wien, am 13. Juli 1949

Lieber Genosse!

Ueber die Sitzung des Lehrkomitees und meine Besprechung mit General B a l m e r habe ich die mitfolgende Aufzeichnungen gemacht.

Freundschaft!

2 Beilagen

Ergeht an die Herren
Bundesminister Oskar H e l m e r ,
Bürgermeister Dr. Theodor K ö r n e r ,
Staatssekretär a.D. Dr. Julius D e u t s c h ,
Abgeordneten Hans B r a c h m a n n ,
Abgeordneten Ing. Karl W a l d b r u n n e r ,
Abgeordneten Otto F r o b s t ,
Oberstleutnant Ferdinand L i n h a r t .

3. Abfrage 14.2.49.

Protokoll

der Sitzung des Wehrkomitees vom 11.Juli 1948,3-5 Uhr nachmittags im Parteisekretariat.

Anwesend: Scharf, Deutsch, Körner, Waldbrunner, Probst, Strasser, Winterer, Holmer, Blau, Linhart.

Nach einer Generaldebatte erfolgt eine Einigung auf folgende Punkte:

1.) Die aufzustellende Wehrmacht soll ein provisorisches Aufgebot der ausgebildeten Mannschaften, Unteroffiziere und Offiziere der Jahrgänge 1927,1926 und 1925 sein, die zu Dienstleistung von je 6 Monaten aufgerufen werden. Das System der provisorischen Wehrmacht soll für die ersten 2 bis 3 Jahre gelten. Bei diesem Aufgebot können auch Offiziere bis zum 45.Lebensjahr auf 6 Monate herangezogen werden.

2.) Der Offizierskader soll aus nicht dienstpflichtigen Offizieren bis zum 58.Lebensjahr bestehen. Für jede Charge ist ein Höchstalter festzusetzen. Die Aufnahme erfolgt paritätisch durch Vertrauenspersonen beider Parteien, die Bestellung erfolgt provisorisch auf mindestens 2 Jahre.

3.) Es wird kein eigenes Landesverteidigungsministerium eingerichtet werden, sondern bloss eine Generaldirektion für Landesverteidigung als Sektion, sei es im Innenministerium, seixx es im Bundeskanzleramt, wobei die Leitung von beiden Parteien paritätisch zu stellen ist.

4.) In der Generaldirektion für Landesverteidigung ist ein Landesverteidigungsrat zu bestellen.

5.) Vorläufig ist ein Höchststand von 20.000 Mann in Aussicht genommen, die in 4 Brigaden gegliedert werden, eine Infanterie-Ausbildungsbrigade und eine Infanterie-Einsatzbrigade, eine Gebirgs-Ausbildungsbrigade und eine Gebirgs-Einsatzbrigade, sowie die entsprechenden Heeres unmittelbaren Truppen. Die weitere Einteilung in Truppenkörper soll in Massgabe der vorhandenen Waffen erfolgen.

Erinnerungsvermerk

über eine Unterredung Dr. Schärf mit General Balmer, Uebersetzer Major Pleasant, am 12. Juli 1949.

Dr. Schärf teilt General Balmer die Ansicht des Wehrkomitees der Partei mit und knüpft daran die Bemerkung, der Entwurf sei ausgearbeitet in der Besorgnis davor, dass die Wehrmacht von der Volkspartei, so wie die Vaugoin-Wehrmacht, zu einem Parteiinstrument gemacht werde.

General Balmer erklärt dazu im allgemeinen:

1.) Grosses Gewicht ist darauf zu legen, dass die österreichische Armee beweglich sei. Zur echten Kriegsführung ist sie gar nicht zu brauchen. Er sei der Meinung, in Ostösterreich sei sogar Artillerie überflüssig. Er würde glauben, dass die Bataillone nicht 4, sondern bloss 3 Kompagnien haben sollten.

2.) Es ist sehr wichtig, mit den Vorbereitungsarbeiten nicht auf die Unterzeichnung des Staatsvertrages zu warten, man müsste sofort daran gehen, sonst würde sich die Sache überstürzen.

3.) Wenn sich die österreichische Regierung ~~geeinigt~~ geeinigt hat, solle man sofort an die 4 Regierungen der Besatzungsarmeen herantreten, ob man mit den Planungsarbeiten beginnen könne.

4.) Wenn die 4 Regierungen die Weisung an den Alliierten Rat geben, dann könnte mit der Planung begonnen werden.

5.) Das wichtigste sei also, dass die Beschlüsse über die Demilitarisierung aufgehoben werden.

Von Dr. Schärf aufgefordert, an den sozialistischen Vorschlägen Kritik zu üben, äussert sich General Balmer folgendermassen:

1.) Er meine, dass Offiziere und Unteroffiziere auf ständig aufgenommen werden sollten, nicht nur auf Provisorium, weil ihre Autorität damit steige und ihr Verantwortungsgefühl hinsichtlich des Materials und der Waffen gehoben werde.

Ich antwortete ihm, jeder österreichische Beamte müsse mit einer provisorischen Anstellung beginnen, wir müssten erst sehen, ob die in Aussicht Genommenen sich bewähren. Das begriff General Balmer, ebenso gefiel ihm der Gedanke einer Altersgrenze für die Chargen.

2.) Was die Organisation anlange, seien die Details gleichgültig, das wichtigste sei die Beweglichkeit.

3.) Die bescheidene Grösse von 20.000 Mann hielte er für den Anfang für glücklich.

4.) Auch die Ausschaltung der alten Offiziere halte er für gut,

schon deshalb, weil man junge Offiziere nur dann in die Wehrmacht bringe, wenn sie Vorrückungsmöglichkeiten sehen.

5.) Der provisorische Charakter der Wehrmacht und der Anstellung werde sich nachteilig auswirken, weil er für Personen nicht anziehend genug sei.

Zum letzteren Punkt führte ich aus wie schon erwähnt.

25

DR. JULIUS DEUTSCH
STAATSSEKRETÄR A. D.

Wien, 22. Juli 1949.

V, Rechte Wienzeile 97
Telephon B 29-510

Herrn
Nationalrat
Dipl. Ing. Karl W a l d b r u n n e r

im Hause

Werter Genosse!

Am 21. Juli 1949 fand im Bundeskanzler-Amt eine Aussprache über die Heeresfragen statt, an der von unserer Seite die Genossen Helmer und Deutsch, von der Ö.V.P. Bundeskanzler Figl und Staatssekretär Graf teilnahmen. Die Vertreter der S.P.Ö. unterbreiteten die Vorschläge, die in unserer Sitzung am 11. Juli (Vorsitz Schärf) beschlossen wurden.

Im Anschlusse an die Aussprache im Bundeskanzler-Amt erhielt die Gegenseite die in der Beilage befindliche schriftliche Darlegung unseres Standpunktes.

Mit sozialistischen Grüssen

Julius Deutsch

1 Anlage

613

? A. Haas, a. l. 40

A b s c h r i f t

DR. JULIUS DEUTSCH
STAATSSEKRETÄR A. D.

Wien, 21. Juli 1949.
V, Rechte Wienzeile 97
Telephon B 29-510

Herrn
Bundeskanzler Dr. h. c. Ing. Leopold F i g l,

W i e n I.,
Ballhausplatz 2

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Im Sinne unserer heutigen Besprechung erlaube ich mir darzulegen, von welchen Gesichtspunkten aus die S.P.Ö. die Heeresfragen zu behandeln wünscht.

Wir sind der Meinung, dass unter den gegebenen Verhältnissen eine definitive Lösung des Wehrproblems nicht möglich ist. Es mangelt sowohl an Zeit, als auch an den nötigen Erfahrungen, um sofort und ohne Übergang eine neue Wehrmacht aufstellen zu können. Deshalb schlagen wir ein Provisorium vor, das es ermöglicht, in ganz kurzer Zeit eine Wehrmacht aufzustellen, die imstande ist unsere Grenzen im Notfalle zu verteidigen und im Inneren des Landes die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Je bescheidener das Vorhaben ist, desto eher werden wir es durchführen können.

Folgende Massnahmen scheinen uns einen praktischen Erfolg zu verbürgen:

1.) Erlassung eines Aufgebotes für die ausgebildeten Mannschaften, Unteroffiziere und Offiziere der Jahrgänge 1927, 1926 und 1925.
2.) Die Dienstzeit des Aufgebotes beträgt sechs Monate.
3.) Für die Offiziere des ersten Aufgebotes wird die Altersgrenze bis zum 45. Lebensjahre erstreckt.
4.) Für die höheren Dienststellen können Offiziere bis zum Alter von 58 Jahren aufgenommen werden. Sie werden vorerst auf zwei Jahre verpflichtet. Die Entscheidung über die Aufnahme dieser Offiziere trifft eine paritätische Kommission.
5.) Für jede Charge ist ein Höchstalter festzusetzen.

6.) Es werden sofort Verhandlungen mit allen alliierten Mächten angeknüpft, um Waffen und Ausrüstung sicherzustellen.

7.) Von der Art und der Quantität der Waffen wird die organisatorische Gliederung des provisorischen Aufgebotes abhängig sein. Anzustreben ist die Aufstellung von zwei Infanterie-Brigaden, zwei Gebirgs-Brigaden und einer Anzahl von heeresunmittelbaren technischen Formationen (Artillerie, Pioniere, Flugzeugabwehr, Panzer).

8.) Es muss danach gestrebt werden, die Truppen so beweglich als möglich zu machen, weshalb eine weitgehende Motorisierung aller Verbände anzustreben ist.

9.) An die Spitze der provisorischen Wehrmacht soll eine Generaldirektion für Landesverteidigung gestellt werden, die entweder dem Innenministerium oder dem Bundeskanzleramt angegliedert ist.

10.) Die Leitung der Generaldirektion für die Landesverteidigung wird paritätisch von den Regierungsparteien zusammengesetzt.

11.) An der Seite der Leiter der Generaldirektion für Landesverteidigung, wird als beratendes Organ ein Landesverteidigungsrat von etwa sechs Mitgliedern gestellt.

12.) Der Präsenzstand für das erstmalige Aufgebot wird mit etwa 20.000 Mann angenommen.

\+ + +

Dieser Plan würde es nach unserer Ansicht ermöglichen, in kurzer Zeit zu einem brauchbaren Instrument der Landesverteidigung zu kommen, während gleichzeitig Erfahrungen gesammelt würden, die für die Aufstellung der definitiven Wehrmacht von Nutzen sind.

Im Namen der S.P.Ö. bitte ich Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, diese Vorschläge möglichst bald einer Beratung zu unterziehen, damit wir, wie vereinbart, schon am nächsten Donnerstag den 28. 7. zu einer neuerlichen Aussprache zusammentreten können.

Mit dem Ausdrucke der vorzüglichsten Hochachtung bleibe ich

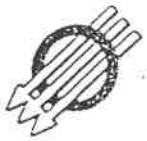
Ihr ergebener

Julius Deutsch

Ergeht abschriftlich an:

Herrn Bundespräsidenten Dr.Karl Renner
Herrn Vizekanzler Dr.Adolf Schärf
Herrn Innenminister Oskar Helmer
Herrn Staatssekretär Ferdinand Graf
Herrn Nationalrat Dr.Bruno Pittermann

SOZIALISTISCHE PARTEI ÖSTERREICHS
ZENTRALSEKRETARIAT
WIEN I, LÖWELSTRASSE 18
TELEPHON U 27-5-70 BIS 73



Wien, den 29. Juli 1949.

An die Mitglieder der Heereskommission!

Werter Genosse!

An der gestrigen Zusammenkunft mit Vertretern der Ö.V.P. nahmen von unserer Seite Helmer und ich teil. Von der anderen Seite waren anwesend: Figl, Graf, Raab und Dr. Gruber.

Die Vertreter der Ö.V.P. übergaben uns eine schriftliche Beantwortung meines Vorschlages vom 21. Juli. Dann fand eine Diskussion statt, in der folgendes zutage trat.

1.) Die Ö.V.P. wünscht kein Provisorium, sondern sogleich ein Definitivum. Die von der Ö.V.P. gewünschte definitive Wehrmacht lehnt sich allerdings eng an unseren Vorschlag an. Es bleibt beim Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht. Es bleibt bei dem erstmaligen Aufgebot der gedienten Jahrgänge 1927, 1926, 1925. Dazu soll allerdings der gesamte Jahrgang 1928 kommen, der aus ungedienten Männern besteht.

2.) Die Ö.V.P. ist damit einverstanden, dass die Dienstzeit der gedienten Leute sechs Monate beträgt, wollte aber für die ungedienten eine Dienstzeit von einem Jahr. Wir haben dagegen einige sachliche Einwände erhoben, wobei wir bezeichnenderweise von Julius Raab unterstützt wurden, der erklärte, dass eine Dienstzeit von sechs Monaten auch für die unausgebildeten Leute genügen müsse. Schliesslich einigten wir uns, dass vorläufig die Dienstzeit mit „höchstens ein Jahr" für Unausgebildete zu bemessen wäre. Bei den endgiltigen Beratungen wird dann erst definitiv über die Dienstzeit der Unausgebildeten entschieden werden.

3.) Was die Aufnahme der Offiziere anbelangt, wird im allgemeinen unser Vorschlag angenommen, jedoch mit folgenden Änderungen:

a) Für Offiziere, die im Zuge der Massregelungen vom Dienst in der deutschen Wehrmacht ausgeschlossen waren, gelten die von uns vorgeschlagenen Alters-

grenzen nicht.

Nach längerer Diskussion wurde aber festgestellt, dass in allen Fällen die Höchstaltersgrenze für Offiziere in der Wehrmacht, sowie für alle anderen Bundesangestellten, 60 Jahre ist.

b) An Stelle der von uns vorgeschlagenen Vereinbarung, dass die Offiziere durch eine paritätische Kommission aufgenommen werden sollen, will die Ö.V.P. die Aufnahme „auf Grund wehrgesetzlicher Bestimmungen", ohne zu sagen was darunter gemeint ist.

4.) Die Ö.V.P. schlägt sechs „Heeresstandorte" vor, nämlich Wien, St. Pölten, Graz, Linz, Klagenfurt und Innsbruck.

Wir fragten, was sie unter „Heeresstandorte" verstehe. Es stellte sich heraus, dass sie damit nur die Garnisonen und den Kader meint. Sie denkt nicht an Länderkontigente oder Landesbefehlsstellen.

5.) An Stelle der von uns vorgeschlagenen zwei Infanterie- und zwei Gebirgsbrigaden, schlägt die Ö.V.P. die Errichtung von insgesamt sechs Brigaden vor, wozu noch eine Anzahl von heeresunmittelbaren technischen Formationen kommen.

6.) Die Ö.V.P. will absolut ein eigenes Landesverteidigungs-Ministerium. (Ich hatte den Eindruck, dass Graf diese Sache betrieb, weil er selbst Heeresminister werden will, dass aber die anderen Ö.V.P. Vertreter mit einer gewissen Schadenfreude unseren ablehnenden Standpunkt zur Kenntnis nahmen.)

Schliesslich haben wir uns darauf geeinigt, die Frage des Ministeriums bis auf den Zeitpunkt nach den Wahlen zurückzustellen. Vorläufig soll der Bundeskanzler die Heeresangelegenheiten führen, dem je ein Fachmann der beiden Regierungsparteien als Berater beigegeben wird.

7.) Der von uns vorgeschlagene Landesverteidigungsrat soll nach dem Proporz des künftigen Parlaments zusammengesetzt werden, man könnte aber eventuell schon jetzt einen provisorischen Landesverteidigungsrat bilden, damit der Beginn der Arbeiten zur Aufstellung des Heeres nicht verzögert wird.

8.) Während unser Plan für das erstmalige Aufgebot nur etwa 20.000 Mann vorsah, meint die Ö.V.P., dass man bis zu 30.000 Mann gehen könnte.

\+ + +

Aus dieser Darstellung ist zu entnehmen, dass im grossen und ganzen unser Plan akzeptiert wurde. Die von der Ö.V.P. vorgeschlagenen Änderungen sind nicht grundlegender Art. Bei einigem guten Willen könnte eine Einigung erzielt werden. Der Bundeskanzler hat vorgeschlagen, dass wir Mitte der nächsten Woche wieder zusammenkommen sollen, um die Verhandlungen definitiv zum Abschluss zu bringen.

Nachdem infolge der Urlaube eine Sitzung unserer Heereskommission nicht zustandezubringen ist, bitte ich um eine schriftliche Stellungnahme.

Mit herzlichen Grüssen

Dein Julius Deutsch

Herrn
Nat.Rat. Dipl.Ing. Karl Waldbrunner,
Wien 1.,
Löwelstrasse 18

BÜRGERMEISTER
DER
BUNDESHAUPTSTADT WIEN

Wien, am 5. August 1949.

Lieber Freund !

Ich bitte Dich, von beiliegender Abschrift eines zur Heeresfrage an Genossen Dr. D e u t s c h gerichteten Schreibens Notiz zu nehmen.

Mit herzlichen Grüssen bin ich

Dein

Honner.

Herrn
Nationalrat Ing. Karl W a l d b r u n n e r ,
Wien, I., Löwelstrasse 18.

3 Anlage f. 3. zf.

Wien, am 4. August 1949.

Werter Genosse Deutsch !

Deinem Wunsch nach einer Stellungnahme zu dem von Dir an die Mitglieder der sozialistischen Heereskommission gerichteten Schreibens vom 29.7.1949 komme ich im Folgenden nach. - Dabei bedauere ich aber, dass mir hiefür der Antworttext der OeVP auf Deine Vorschläge vom 21.7. nicht zur Verfügung stand.

Meine Bemerkungen:

ad 1.) :

Nach wie vor warne ich entschieden, schon jetzt auf ein von der OeVP so lebhaft gewünschtes Definitivum in der Heeresfrage einzugehen.

Gegen ein solches Definitivum spricht nicht nur der Umstand, dass aus den bevorstehenden Wahlen machtpolitisch vielleicht eine für uns günstigere Konstellation hervorgehen kann, sondern realistischer noch der Umstand, dass eine wirkliche Lösung der Heeresfrage praktisch überhaupt nicht erfolgen könnte, solange die das Heerwesen betreffenden Einzelfragen des Staatsvertrages nicht entschieden sind.

Zwischen dem Abschluss des Staatsvertrages und seiner Ratifizierung durch die verschiedenen Parlamente werden - wie die Geschichte des bulgarischen Friedensvertrages, aber auch die des Atlantikpaktes bewies - viele Monate vergehen, an die sich dann noch die 90 Tage bis zum Abzug der Besatzungstruppen anschliessen werden.- Zu letzten Festlegungen ist also nach den Wahlen und nach dem Abschluss des Staatsvertrages immer noch - und ohne Ueberstürzung - Zeit.

ad 2.) :

Nach wie vor warne ich vor der Festsetzung einer länger als ein halbes Jahr währenden Dienstzeit, so dass ich auch gegen die nunmehrige Formulierung "höchstens ein Jahr" Bedenken erhebe. Dabei berufe ich mich immer wieder auf das Schweizer Bei-

spiel,weise aber auch darauf hin,dass sogar Vaugoin,als er 1933 die allgemeine Wehrpflicht ankündigte,eine halbjährige Ausbildung für völlig hinreichend hielt.- So sprach er am 27.8.1933 (laut "Reichspost" vom 29.8.1933) in Kilb zu den Bauern :

> "Gebt mir Eure Burschen ; ich will sie sechs Monate zur Ausbildung übernehmen und sie zur Disziplin und Ordnung erziehen ; Ihr werdet sie als tüchtige Leute zurückbekommen !"

Daran müsste wohl auch die OeVP erinnert werden.

ad 3.) :

Ich spreche mich mit allem Nachdruck gegen die Bestimmung aus,dass die Altersgrenzen für jene Offiziere nicht gelten sollen, die im Zuge von Massregelungen vom Dienst in der deutschen Wehrmacht ausgeschlossen worden sind.

Es wäre dies eine unverantwortbare Bevorzugung gerade jener aggresiven Offiziere,die für den republik- und arbeiterfeindlichen Kurs des seinerzeitigen Bundesheeres in hohem Grade mitverantwortlich sind. - Dabei verweise ich bspw. auf den monarchistischen General Neugebauer,auf den zu Heeresfragen im Rundfunk unliebsam hervorgetretenen General Regele u.s.w.,die heute im Finanz-,im Innen-,im Planungsministerium und im Kriegsarchiv konserviert werden,oder auf Oberst Heydendorff (früher Auspitz),der im Kriegsarchiv war oder noch ist,aber als Sekretär der OeVP in der Kärntherstrasse beschäftigt war.- Selbst bei einer ausnahmsweisen Höchstaltersgrenze von 60 Jahren würden diese Neugebauers,Heydendorffs und Regeles noch immer Unterschlupf finden.

Dass diese Leute seither nichts gelernt und nichts vergessen haben,ging hinlänglich aus einer erst kürzlich am Grabe Vaugoins gehaltenen Rede des Generals Schiebel hervor,der zweifellos auch heute wieder zu den Drahtziehern antidemokratischer Heerespolitik zählt.

Nochmals nehme ich überhaupt gegen die Schaffung von Generalsposten im künftigen Bundesheere Stellung.

ad 4.), 5.), 6.), 7.) und 8.) :

Alle diese Fragen hängen zu sehr mit jenen ad 1.) und 2.) zusammen,als dass sie heute schon abschliessend behandelt werden

könnten. - Besonders was die Frage 8.) betrifft, gebe ich ernstlich zu bedenken, ob die Kosten eines schon erstmalig 30.000 Mann zählenden Aufgebotes - ohne Vernachlässigung wichtiger anderer öffentlichen Aufgaben - erschwinglich und tragbar sind.

Mit ganz besonderem Nachdruck betone ich aber zum Abschluss neuerlich, dass der Gedanke "Miliz - kein stehendes Heer" nicht entschieden genug in den Vordergrund gerückt werden kann.

Mit herzlichen Grüssen

Dein

Werner.

Herrn
Staatssekretär a.D.
Dr. Julius D e u t s c h ,
Wien, I., Löwelstrasse 18.

Am Mittwoch, den 26.Oktober 1949

fand bei General Keyes in der Villa ein Dinner statt, bei dem sich folgendes Gespräch entwickelte :

1.) General Balmer fragte den Herrn Kanzler wie weit die Arbeiten zur Aufstellung des Bundesheeres gediehen sind und führte aus, daß die Frage der Ausrüstung einer Lösung zugeführt worden sei.

Der Bundeskanzler brachte seine Meinung dahingehend zum Ausdruck, daß gleichzeitig mit der Ausrüstung auch das benötigte Menschenmaterial und die Organisation zur Verfügung stehen müßten, sodaß mit Abzug der Truppen schlagartig die österreichische Wehrmacht stehen könnte.

Balmer erwiderte, daß, soweit die Frage der Ausrüstung getroffen ist, diesbezüglich keine Schwierigkeiten bestehen, meinte jedoch, daß die Zeit nach Abschluß des Vertrages bis zur Benötigung des Bundesheeres zu kurz wäre, um die Leute auszubilden.

Der BK gibt darauf zur Antwort, daß selbstverständlich der erste Stock des Heeres aus bereits ausgebildeten Leuten bestehen werde.

Balmer zeigt sich über diese Auskunft sehr befriedigt.

Erwähnenswert ist, daß während dieses Gespräches der amerikanische Geschäftsträger DULLING zu den beiden Herren trat und zum Herrn Bundeskanzler sagte: "Wie ich gehört habe, besteht die Absicht, im Bundeskanzleramt einen Staatssekretär zur Vorbereitung der Heeresfragen, der Ihnen persönlich untersteht, zu bestellen."

2.) Gespräch mit General Keyes:

Keyes fragte wie weit die Frage der Abwertung gediehen sei und meinte, daß jede Verzögerung letzten Endes österreichisches Geld kostet und sich auch auf die ECA-Entwicklung ungünstig auswirke.

BK. Die Frage ist augenblicklich sehr schwer zu lösen, da die abtretende Regierung die Verantwortung für eine solche Maßnahme nicht übernehmen will, andererseits aber gerade durch diese Frage die Bildung der neuen Regierung sehr erschwert ist.

./.

Keyes: Österreich ist das einzige Land, das diese Maßnahme noch nicht getroffen hat.

BK: Frankreich hat es auch noch nicht getan, wohl aber geplant, darauf sind ja auch die Schwierigkeiten bei der Regierungsbildung zurückzuführen.

Keyes: Ich habe nicht den Eindruck, daß diese Frage die österreichische Regierungsbildung erschweren wird, sondern ich glaube eher, daß die Abwertung hinausgezogen wird, damit einige Leute sich daran bereichern können.

BK: Das ist absolut ausgeschlossen. Darauf wird besonders gesehen.

Im weiteren Verlauf dieses Gespräches wurde dann eine neuerliche Unterredung für Freitag, den 28. Oktober 1949 festgelegt.

3.) Keyes kam dann auf den Brief zu sprechen, den Minister Gruber vor kurzer Zeit an Gesandten KLEINWÄCHTER nach Washington zur Überreichung an die amerikanischen Behörden übermittelt hat.

BK: Ich habe leider von diesem Brief erst zu spät Kenntnis erhalten und habe dann unverzüglich angeordnet, daß die Überreichung des Briefes unterbleibt.

Keyes: Es ist richtig, doch wurde ich durch einen Sonderkurier unterrichtet, daß der Inhalt dieses Briefes in Washington bereits überall bekannt ist und große Unruhe hervorgerufen hat. Minister Gruber irrt, wenn er angibt, daß ich ein Hindernis für den Abschluß des österreichischen Staatsvertrages bin.

KZ: Minister Gruber hat nur von einigen Offizieren gesprochen und hat sie nicht namentlich erwähnt.

Keyes: Das ist richtig, doch bin ich der Streitkräfte in Österreich und der Angriff ist daher gegen mich gerichtet. Ich habe nichts gegen Minister Gruber, doch habe ich den Eindruck, daß er hin und wieder aus der Reihe tanzt.

BK: Es ist Vorsorge getroffen, daß dies nicht mehr vorkommen wird.

./.

Keyes: Für den Abschluß des Staatsvertrages ist für mich maßgebend, ob die Bedingungen für Österreich günstig sind oder ungünstig. Gruber hat übrigens seine im Brief vertretene Ansicht auch mündlich bestätigt.

BK: Wir sind heute in einer Lage, die uns zur Aufrechterhaltung der Ruhe zwingt harte Bedingungen anzunehmen. Wir haben nichts davon, wenn wir zuwarten, bis eventl. weitere 5o Millionen Schilling abgehandelt sind und das Volk in der Zwischenzeit dem Kommunismus zugetrieben wird. Das Volk hat viele Jahre mit Geduld und Vertrauen alles ertragen, doch wird dieses Vertrauen, dadurch, daß die Staatsvertragsfrage nicht gelöst wird, langsam schwinden, denn dieses Vertrauen ist wichtiger als irgendwelche harten Bedingungen, da damit der ganze Bestand Österreichs steht oder fällt. Ein rascher Staatsvertragsabschluß ist eine unbedingte Notwendigkeit.

Keyes: Es könnte aber die Möglichkeit eintreten, daß der Staatsvertrag wohl unterzeichnet, Rußland somit einen Blankoscheck erhält, aber schließlich nicht ratifiziert wird. Solange der Staatsvertrag aber nicht ratifiziert ist, werden die Russen im Lande bleiben, besonders solange die jugoslawische Frage nicht gelöst ist.

BK: Ich glaube doch, daß Rußland eingesehen hat, daß die Volksdemokratie in Österreich keine Fortschritte macht.

Keyes: Ich fürchte, daß Rußland hierbleiben will, da es durch seinen Abzug aus Österreich auch seine Truppen aus den östlichen Ländern zurückziehen müßte.

BK: Die Wehrmacht in den östlichen Ländern ist so weit gefestigt, daß Rußland das nicht nötig hat. Außerdem kann Rußland ja nötigenfalls rasch wieder zur Stelle sein.

Keyes: Und was kann dagegen von unserer Seite getan werden ?

BK: Es ist Sache des Atlantik-Paktes Vorkehrungen zu treffen, um eine Überraschung zu verhindern.

BK betont nochmals die Notwendigkeit eines baldigen Staatsvertragsabschlusses und bittet General Keyes im Sinne der heutigen offenen Aussprache nach Washington zu berichten.